

Genderaspekte von Flucht im Kontext des Klimawandels¹

Prof. Dr. Sina Fontana, MLE.

Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Krisenresilienz an der Juristischen Fakultät und Mitglied des Zentrums für Klimaresilienz an der Universität Augsburg

Ass. iur. Jule Schröder

Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin ebenda

Flucht im Kontext des Klimawandels oder präziser grenzüberschreitende klimawandelbedingte Mobilitäten² finden bereits statt und werden in Zukunft zunehmen.³ Wie sich die rechtliche Situation für die Betroffenen darstellt und verbessert werden könnte, wird zunehmend diskutiert. An einer Betrachtung der Genderaspekte fehlt es bislang. Der Beitrag zeigt Schutzlücken auf und formuliert politische Handlungsempfehlungen.

I. Vulnerabilitäten im Kontext klimawandelbedingter Mobilitäten

Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen vor allem diejenigen, die ohnehin auch aus intersektionaler Perspektive⁴ strukturell benachteiligt⁵ sind. Das betrifft Frauen, die damit eine Klimavulnerabilität aufweisen.⁶ Außerdem sind Frauen, die ihre Heimat verlassen, von (sexualisierter und geschlechtsspezifischer) Gewalt bedroht.⁷ Gleichzeitig besteht für Menschen, die grenzüberschreitend klimawandelbedingt mobil sind, eine rechtliche Schutzlücke.⁸ Diese Verkettung der Umstände führt dazu, dass Frauen, die im Kontext des Klimawandels Grenzen überschreiten, schutzbedürftig sind. Das wird im Recht bislang nicht adäquat adressiert.

Dafür, dass Regelungen für alle Stakeholder opportun wären,⁹ sprechen neben (sicherheits-)politischen¹⁰ und ökonomischen¹¹ Gründen moralisch-ethische Gründe, insbesondere der Aspekt der Klimagerechtigkeit.¹² Aus Sicht der individuellen Klimagerechtigkeit würde ansonsten die Klimavulnerabilität von Frauen weiter verstärkt. Betreffend die zwischenstaatliche Klimagerechtigkeit besteht eine gesteigerte Verantwortung der Staaten des Globalen Nordens.¹³ Daraus folgt eine Pflicht zur internationalen Kooperation, die sich im Kontext klimawandelbedingter Mobilitäten als solche zur Schutzgewährung und zur Schaffung von Bleibperspektiven manifestiert. Normativ stützt sich diese Annahme auf die für die Bundesrepublik bindenden menschenrechtlichen Gleichheitsvorschriften¹⁴ sowie auf das von den akzessorischen Diskriminierungsverboten¹⁵ erfasste Recht auf eine gesunde Umwelt¹⁶.

- 1 Der Text basiert auf einem Fachgespräch vom 20.11.2023 mit der Bundesstiftung Gleichstellung.
- 2 Der Begriff „Mobilitäten“ ist im Kontext des Klimawandels weniger umstritten als „Flucht“ oder „Migration“ und deckt die gesamte Bandbreite unterschiedlicher Situationen ab, s. Ionesco, Dina / Mokhnacheva, Daria / Gemeine, Francois: Atlas der Umweltmigration, München 2017, S. 16.

- 3 IPCC: Climate Change 2014 – Synthesis Report, S. 73, online: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/05/SYR_AR5_FINAL_full_wcover.pdf (Zugriff: 07.06.2024).
- 4 Grundlegend zu Intersektionalität Crenshaw, Kimberlé: Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics, *The University of Chicago Legal Forum* 1989, S.139-168.
- 5 Sachs, Michael: Die Merkmale verfassungsgesetzlicher Unterscheidungsverbote in Deutschland vom Ende des alten Reiches bis zum Grundgesetz, *Der Staat* 23:4 (1984), S. 549-576 (576); Sacksofsy, Ute: Das Grundrecht auf Gleichberechtigung, 2. Auflage, Baden-Baden 1996, S. 311.
- 6 CEDAW: General recommendation No. 37 (2018) on the gender-related dimensions of disaster risk reduction in the context of climate change, 13.03.2018, CEDAW/C/GC/37, Rn. 2, online: <https://www.ohchr.org/en/documents/general-comments-and-recommendations/general-recommendation-no37-2018-gender-related> (Zugriff: 07.06.2024); Bauriedl, Sybille / Hackfort, Sarah, Geschlechtsspezifische Verwundbarkeit, in: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte, Bielefeld 2016, S. 95-101.
- 7 Çalıskan, Selmin: Warum Frauen fliehen: Fluchtursachen, Fluchtbedingungen und politische Perspektiven, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Frauen und Flucht: Vulnerabilität – Empowerment – Teilhabe. Ein Dossier 2018, S. 10-19 (13), online: https://www.boell.de/sites/default/files/frauen_und_flucht.pdf (Zugriff: 07.06.2024); Turner, Simon, Victims of Chaos and Subaltern Sexualities?, in: Buckley-Zistel, Susanne / Krause, Ulrike (Hrsg.): Gender, Violence, Refugees, New York/Oxford 2017, S. 44-57.
- 8 Kälin, Walter: Conceptualising Climate-Induced Displacement, in: McAdam, Jane (Hrsg.): Climate Change and Displacement, Oxford 2010, S. 81-104 (99); McAdam, Jane: Climate Change, Forced Migration and International Law, Oxford 2012, S. 1.
- 9 Krittisch Dürig, Günter / Herzog, Roman / Scholz, Rupert (Hrsg.): Grundgesetz-Kommentar, 103. EL Januar 2024, München, Art. 16a GG Rn. 67 f.
- 10 Internationale Migration ohne legale Einreiseoptionen könnte zunehmend von nichtstaatlichen Akteuren wie der organisierten Kriminalität geprägt werden, s. McLeman, Robert: International Migration and Climate Adaptation in an Era of Hardening Bordes, *Nature Climate Change* 9:12 (2019), S. 911-918 (915).
- 11 Internationale Migration kann eine Zukunftsinvestition sein, wenn Rücküberweisungen an Angehörige im Herkunftsland deren gesunkene Einkommen ausgleichen oder zur Diversifizierung der Einkommensquellen dienen, s. Sachverständigenrat für Integration und Migration: Klimawandel und Migration: was wir über den Zusammenhang wissen und welche Handlungsoptionen es gibt – Jahresgutachten 2023, S. 48, online: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/06/SVR-Jahresgutachten_2023_barrierefrei.pdf (Zugriff: 07.06.2024).
- 12 Weininger, Anna: Verfassungsrechtliche und feministische Dimensionen des Begriffs der Klimagerechtigkeit, *djbZ* 2/2023, S. 57-59.
- 13 Vgl. Anhang 2 UN-Klimarahmenkonvention (UNGA, United Nations Framework Convention on Climate Change v. 20.01.1994, UNTS Vol. 1771 S. 107 – UNFCCC).
- 14 Vgl. Übereinkommen zu Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (UNGA, Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women v. 18.12.1979, UNTS Vol. 1249 S. 1 – CEDAW).
- 15 Verankert in Art. 2 Abs. 1 des Pakts über bürgerliche und politische Rechte (UNGA, International Covenant on Civil and Political Rights v. 16.12.1966, UNTS Vol. 999 S. 171 – ICCPR) und Art. 2 Abs. 2 des Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UNGA, International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights v. 16.12.1966, UNTS Vol. 993 S. 3 – ICESCR).

II. Regelungsdefizite der geltenden Rechtslage

Weder im internationalen noch im nationalen Recht ergeben sich für die grenzüberschreitenden klimawandelbedingten Mobilitäten von Frauen adäquate Schutzmechanismen.

1. Schutz aufgrund des internationalen Rechts

Das internationale Flüchtlingsrecht, insbesondere die Genfer Flüchtlingskonvention,¹⁷ ist nur in wenigen Fällen anwendbar. Auch der internationale Schutz der EU, vor allem der subsidiäre Schutz nach der Qualifikations-RL,¹⁸ greift nur begrenzt, da die Gefahr eines ernsthaften Schadens nur selten vorliegt. Das Recht über die Staatenlosigkeit gewährt zwar einen Mindeststandard für Staatenlose.¹⁹ Allerdings werden die wenigsten klimawandelbedingt mobilen Personen staatenlos sein, da selbst tiefliegende Inselstaaten nicht in näherer Zukunft ihre Staatlichkeit verlieren werden.²⁰

Das internationale Migrationsrecht im engeren Sinne kennt ein Recht auf Ausreise, jedoch kein korrespondierendes Recht auf Einreise.²¹ Staaten lassen klimawandelbedingt mobile Personen nur einreisen, wenn diese in eine der regulären Migrationskategorien des jeweiligen nationalen Rechts fallen.²² Der Globale Migrationspakt erkennt zwar den Zusammenhang von Klimawandel und Mobilitäten an,²³ ist aber rechtlich unverbindlich und enthält keine Individualrechte.²⁴ Auch das internationale Katastrophenrecht erkennt Menschen, die aufgrund von Katastrophen (im Kontext des Klimawandels) über Grenzen vertrieben werden, nicht als eine eigene schutzbedürftige Kategorie an.²⁵

Der internationale Menschenrechtsschutz liefert nur einen indirekten Schutz, da Menschenrechte regelmäßig keinen Anspruch auf Aufnahme in einen anderen Staat begründen.²⁶ Bei existenziellen Bedrohungen könnte künftig das Refoulement-Verbot relevant werden. Eine solche Situation wird aber nur in Extremfällen gegeben sein.²⁷

Umweltvölkerrechtliche Prinzipien wie das Verursacherprinzip oder das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung können keinen unmittelbaren Schutz für klimawandelbedingt mobilen Personen begründen,²⁸ sondern nur bei der Auslegung völkerrechtlicher Verträge herangezogen werden.²⁹ Auch aus dem internationalen Klimaschutzregime³⁰ ergibt sich allenfalls ein indirekter Schutz, da einerseits die Auswirkungen des Klimawandels, also die Fluchtursache, begrenzt und andererseits Anpassungsmaßnahmen, auch bezüglich klimawandelbedingter Mobilitäten, getroffen werden sollen.³¹

2. Schutz aufgrund des nationalen Asyl- und Flüchtlingsrechts

Asyl- und Flüchtlingschutz³² gründet auf der politischen Verfolgung als Verfolgung durch den Heimatstaat³³ oder Abwesenheit staatlichen Schutzes³⁴ aufgrund asylerheblicher Merkmale. Die Emission von Treibhausgasen oder die unzureichende Ergreifung von Klimaschutzmaßnahmen allein lassen sich nicht als Verfolgung einordnen.³⁵ Anders ist die Rechtslage zu beurteilen, wenn der Staat die nachteiligen Folgen des Klimawandels gezielt auf eine bestimmte, durch den Asyl- und Flüchtlingschutz besonders geschützte Person oder Personengruppe lenkt.³⁶ Gleiches gilt, wenn der Staat nicht willens oder in der Lage ist, Frauen ausreichend

- 16 Hergeleitet aus dem Recht auf Leben, Art. 6 Abs. 1 ICCPR und Art. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Council of Europe, Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, UNTS Vol. 213 S. 221 – ECHR); dem Recht auf Gesundheit, Art. 12 ICESCR; dem Recht auf Nahrung, Art. 11 Abs. 2 ICESCR; sowie dem Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, Art. 8 Abs. 1 ECHR. Anerkennend Human Rights Council, Resolution 48/13, 8.10.2021, A/HRC/RES/48/13, Ziff. 1.
- 17 UNGA, Convention Relating to the Status of Refugees v. 28.07.1951, UNTS Vol. 189 S. 137 – GFK.
- 18 Council of the European Union, Directive 2011/95/EU of the European Parliament and of the Council of 13 December 2011 on standards for the qualification of third-country nationals or stateless persons as beneficiaries of international protection, for a uniform status for refugees or for persons eligible for subsidiary protection, and for the content of the protection granted (recast) v. 20.12.2011, Official Journal of the European Union 337, S. 9-26 – Qualifikations-RL.
- 19 Hanschel, Dirk: Klimaflüchtlinge und das Völkerrecht, ZAR 2017, S. 1-7 (4).
- 20 McAdam, Jane, Climate Change-related Displacement of Persons, in: Carlane, Cinnamon / Gray, Kevin / Tarasofsky, Richard (Hrsg.): The Oxford Handbook of International Climate Change Law, Oxford 2016, S. 519-542 (528).
- 21 Grisebeck, Michael: Von der New Yorker Erklärung über den Sutherland-Report zum Global Compact for Migration, ZAR 2019, S. 85-90 (89) m.w.N.
- 22 Kälin, Walter: Disaster Displaced Persons in the Age of Climate Change, in: Giustiniani, Flavia et al. (Hrsg.): Routledge Handbook of Human Rights and Disasters, London/New York 2018, S. 346-363 (355).
- 23 Ziel 2 des Globalen Migrationspakts (UNGA, Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration v. 19.12.2019, A/RES/73/195 – GCM).
- 24 Reeh, Greta: Rechtliche Rahmenbedingungen der Klimaflicht, KlimR 2022, S. 361-365 (364).
- 25 Kälin, Walter: Disaster Displaced Persons in the Age of Climate Change, in: Giustiniani, Flavia et al. (Hrsg.): Routledge Handbook of Human Rights and Disasters, London/New York 2018, S. 346-363 (354).
- 26 Brouers, Catherine: Der Schutz der Umwelt- und Klimaflüchtlinge im Völkerrecht: Regelungslücken und Lösungsansätze, ZUR 2012, S. 81-89 (85).
- 27 Human Rights Committee: Views adopted by the Committee under article 5 (4) of the Optional Protocol, concerning communication No. 2728/2016, 23.09.2020, CCPR/C/127/D/2728/2016, Ziff. 9.11.
- 28 Vgl. Ammer, Margit et al.: Rechtsstellung und rechtliche Behandlung vom Umweltflüchtlingen, Dessau-Roßlau 2010, S. 74 ff., online: <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/461/publikationen/4035.pdf> (Zugriff: 07.06.2024).
- 29 Brouers, Catherine: Der Schutz der Umwelt- und Klimaflüchtlinge im Völkerrecht: Regelungslücken und Lösungsansätze, ZUR 2012, 81-89 (85).
- 30 UNFCCC; COP, Paris Agreement v. 12.12.2015, UNTS Vol. 3156 S. 79.
- 31 Vgl. Brouers, Catherine: Der Schutz der Umwelt- und Klimaflüchtlinge im Völkerrecht: Regelungslücken und Lösungsansätze, ZUR 2012, 81-89 (85).
- 32 Die wichtigsten Schutzatbestände: Art. 1 A 2 GFK, Art. 16a GG, §§ 2, 3 AsylG, Art. 2 lit. d) Qualifikations-RL.
- 33 Etwa BVerfGE 54, S. 341 (356 ff.); 76, S. 143 (157 f.); 80, S. 315 (334); Huber, Peter / Voßkuhle, Andreas (Hrsg.): Grundgesetz, 8. Auflage, München 2024, Art. 16a Rn. 65; Sachs, Michael (Hrsg.): Grundgesetz, 9. Auflage, München 2021, Art. 16a Rn. 35.
- 34 Hruschka, Constantin (Hrsg.): Genfer Flüchtlingskonvention, Baden-Baden/Wien/Bern 2022, Art. 1 Rn. 60. Zurückhaltender hinsichtlich nicht-staatlicher Verfolgung BVerfGE 54, S. 341 (358); BVerwG, NVwZ 1982, S. 41; Sachs, Michael (Hrsg.): Grundgesetz, 9. Auflage, München 2021, Art. 16a Rn. 35a.
- 35 Ebenso Dürig, Günter / Herzog, Roman / Scholz, Rupert (Hrsg.): Grundgesetz-Kommentar, 103. EL Januar 2024, München, Art. 16a GG Rn. 102; Nümann, Britta: Kein Flüchtlingschutz für „Klimaflüchtlinge“, ZAR 2015, 165-172 (168 f.); aus der Entstehungsgeschichte UNGA, Conference of Plenipotentiaries on the Status of Refugees and Stateless Persons: Summary Record of the Twenty-second Meeting, 26.11.1951, UN Doc. A/Conf.2/SR.22, S. 6.
- 36 Kozoll, Christopher: Poisoning the Well: Persecution, the Environment, and Refugee Status, Colorado Journal of International Environmental Law and Policy 15 (2004), 271-308 (273); UNHCR: Forced Displacement in the Context of Climate Change: Challenges for States under

Schutz vor Gefährdungen Dritter zu bieten,³⁷ etwa bei geschlechtspezifischer Gewalt in Flüchtlings- oder Notunterkünften.³⁸

Als Schutztatbestand jenseits von Asyl- und Flüchtlingschutz setzt der subsidiäre Schutz (§ 4 AsylG) tatbestandlich eine individuelle Gefährdung voraus. Eine solche wäre ebenfalls nur anzunehmen, wenn nicht die Klimaveränderungen der Fluchtgrund sind, sondern ihrerseits einen anerkannten Fluchtgrund auslösen, etwa einen bewaffneten Konflikt (vgl. § 4 I 1 Nr. 3 AsylG). Damit verbleiben bei existenzbedrohendem Wegfall der natürlichen Lebensgrundlagen Abschiebeverbote nach § 60 VII 1 AufenthG³⁹ oder die Möglichkeit einer Aussetzung der Abschiebung nach § 60a II 1 AufenthG.⁴⁰

III. Reformbedarf und Grenzen des Migrationsrechts

Anpassungen der Schutztatbestände sind denkbar, allerdings nicht immer problemadäquat und stoßen an Grenzen. Gegen die Gewährleistung eines dem Asyl- und Flüchtlingschutz entsprechenden Schutzes spricht, dass klimawandelbedingte Mobilitäten – im Gegensatz zu politischer Verfolgung – ein Massenphänomen sind, auf das der individuell ausgerichtete Asyl- und Flüchtlingschutz nicht zugeschnitten ist.⁴¹ Zudem ist mit Anpassungen des Asyl- und Flüchtlingsrechts eine Migrationserwartung verbunden, die das Recht zu bleiben⁴² beeinträchtigt.⁴³ Der asyl- und flüchtlingsrechtlichen Lösung kann daher lediglich eine Auffangfunktion zukommen.⁴⁴ Vorrangig hat die Staatengemeinschaft auch in Kooperation mit den Heimatstaaten auf die Minimierung der Fluchtgründe hinzuwirken.⁴⁵

IV. Politische Handlungsempfehlungen

Um auf die Genderaspekte von klimawandelbedingten Mobilitäten adäquat zu reagieren, benötigt es einen multidimensionalen Ansatz: Zunächst kommen Anpassungen des Asyl- und Flüchtlingsrechts sowie des Migrationsrechts im Allgemeinen in Betracht. Vorrangig sind jedoch die Handlungsmöglichkeiten im Klimarecht zu beachten, wobei das Recht zu bleiben und die Stärkung von Frauenrechten in den Fokus gerückt werden sollten. Schließlich ist eine sichere Datengrundlage unerlässlich, an der es bisher fehlt. Daraus ergeben sich folgende politische Handlungsempfehlungen:

1. Anpassungen des internationalen und nationalen Asyl- und Flüchtlingschutzes, die der Klimavulnerabilität von Frauen gerecht werden. Hierzu gehören die Gewährleistungen eines sicheren Einreisewegs, etwa durch humanitäre Visa und temporäre Schutzgewährungen.
2. Schaffung von klimaspezifischen Aufenthaltstiteln (z.B. Klimapass/Klima-Card/Klima-Arbeitsvisum⁴⁶), die eine selbstbestimmte Migrationsentscheidung ermöglichen. Die Erteilungsvoraussetzungen haben die besonderen Bedürfnisse von Frauen,⁴⁷ wie die Berücksichtigung von Care-Verantwortung, aufzugreifen.
3. Eine der gesteigerten Verantwortung der Bundesrepublik entsprechende Unterstützung der vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten bei der Bewältigung der Klimafolgen durch technische, administrative und finanzielle Leistungen, um das Recht zu bleiben zu stärken. In entsprechenden völkerrechtlichen Abkommen sollten Maßnahmen zur Be-

seitigung oder Verringerung sowie zur Kompensation der Klimavulnerabilität von Frauen berücksichtigt werden.

4. Stärkung von Frauenrechten weltweit sowie die Wahrnehmung der (gesteigerten) Klimaverantwortung im Bereich von Klimaschutz und Klimaanpassung. Letzteres gilt auch unter Berücksichtigung der enormen Verantwortungsbeiträge privater Akteure wie transnationaler Unternehmen.
5. Förderungen im Bereich der Forschung: Notwendig sind empirische Studien zu Migration, die die Faktoren Klimawandel und Gender verstärkt berücksichtigen und inter- bzw. multidisziplinäre Forschung, die in den Kontext der bereits bestehenden Migrationsforschung gestellt wird.⁴⁸

International Law, 20.05.2009, S. 9 f., online: <https://www.unhcr.org/media/forced-displacement-context-climate-change-challenges-states-under-international-law> (Zugriff: 07.06.2024); Zimmermann, Andreas (Hrsg.): The 1951 Convention Relating to the Status of Refugees and its 1967 Protocol – A Commentary, Oxford 2024, Art. 1 A para. 2 Rn. 597; Vöneky, Silja / Beck, Felix, 5. Abschnitt: Umweltschutz und Menschenrechte, in: Proelß, Alexander (Hrsg.): Internationales Umweltrecht, 2. Auflage, Berlin/Boston 2022, Rn. 119.

- 37 BVerfGE 54, S. 341 (358); S. 80, 315 (335 f.); Huber, Peter / Voßkuhle, Andreas (Hrsg.): Grundgesetz, 8. Auflage, München 2024, Art. 16a Rn. 73; Brosius-Gersdorf, Frauke (Hrsg.): Dreier-Grundgesetz-Kommentar, 4. Auflage, Tübingen 2023, Art. 16a Rn. 69.
- 38 McAdam, Jane: Displacement in the Context of Climate Change and Disasters, in: Costello, Cathryn / Foster, Michelle / McAdam, Jane (Hrsg.): The Oxford Handbook of International Refugee Law, Oxford 2021, S. 832-847 (836).
- 39 Diese setzen allerdings eine konkrete und individuelle Gefährdung voraus; BayVGh, Beschluss v. 20.10.2021 – 9 ZB 21.31227, BeckRS 2021, 33625.
- 40 Vgl. Human Rights Committee, Views adopted by the Committee under article 5 (4) of the Optional Protocol, concerning communication No. 2728/2016, 23.9.2020, CCPR/C/127/D/2728/2016, Ziff. 9 ff.; New Zealand Supreme Court, Ioane Teitiota v. The Chief Executive of the Ministry of Business, Innovation and Employment, Urteil v. 20.07.2015, [2015] NZSC 107.
- 41 Brouers, Catherine: Der Schutz der Umwelt- und Klimaflüchtlinge im Völkerrecht: Regelungslücken und Lösungsansätze, ZUR 2012, S. 81-89 (87).
- 42 Dazu Dietrich, Frank: Migration und Klimawandel aus der Perspektive von Theorien zu Globaler Gerechtigkeit. Expertise im Auftrag des Sachverständigenrats für Integration und Migration für das SVR-Jahresgutachten 2023, 2022, S. 20 ff., online: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/05/SVR_Expertise_Jahresgutachten-2023_Dietrich.pdf (Zugriff: 07.06.2024).
- 43 Sachverständigenrat für Integration und Migration: Klimawandel und Migration: was wir über den Zusammenhang wissen und welche Handlungsoptionen es gibt – Jahresgutachten 2023, S. 78, online: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/06/SVR-Jahresgutachten_2023_barrierefrei.pdf (Zugriff: 07.06.2024).
- 44 Fontana, Sina: „Klimaflucht“ – Regelungsbedarf und Regelungspotentiale, ZAR 2023, 55-60 (57).
- 45 Vgl. Ziel 2 GCM.
- 46 Sachverständigenrat für Integration und Migration: Klimawandel und Migration: was wir über den Zusammenhang wissen und welche Handlungsoptionen es gibt – Jahresgutachten 2023, S. 15, 115 ff., online: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/06/SVR-Jahresgutachten_2023_barrierefrei.pdf (Zugriff: 07.06.2024).
- 47 Deutscher Juristinnenbund e.V.: Stellungnahme zum Referentenentwurf „Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung“, 16.03.2023, online: <https://www.djb.de/presse/stellungnahmen/detail/st23-08> (Zugriff: 07.06.2024).
- 48 Müller, Bettina et al.: Klimamigration – Definitionen, Ausmaß und politische Handlungsinstrumente, Working Paper 45, 2012, S. 5, 57, online: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/WorkingPapers/wp45-klimamigration.pdf?__blob=publicationFile&v=11 (Zugriff: 07.06.2024).